

Forschungsbrief
Ausgabe 47 / Oktober 2017

Inhalt

- **Alkohol- und Drogenkonsum und Gewalttätigkeiten im sozialen Nahraum**
- **Memorandum Internetbezogene Störungen**
- **Studien zu Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS)**

Alkohol- und Drogenkonsum und Gewalttätigkeiten im sozialen Nahraum

Der Konsum von Alkohol und anderen Drogen ist assoziiert mit interpersonaler Gewalt, wie eine Vielzahl von englischsprachigen Studien belegt. Neben situativen Bedingungen sind es Persönlichkeitsfaktoren, die das Risiko von Gewalttätigkeiten innerhalb und außerhalb der Familie erhöhen. Die Auswirkungen interpersonaler Gewalt auf Opfer und Täter sind erheblich; eine integrierte Behandlung der Sucht sowie der damit assoziierten psychischen und Persönlichkeitsstörungen ist daher dringend gefordert.

Verweis

Radcliff, P. & Gilchrist, G. (2016): "You can never work with addictions in isolation": Addressing intimate partner violence perpetration by men in substance misuse treatment. *International Journal of Drug Policy*, 36, 130-140.

Es gibt nur wenige Studien in Deutschland, die sich mit dem Thema: Gewalttätigkeiten in Beziehungen, in der Familie und unter Freunden im Zusammenhang mit dem Konsum von Alkohol und anderen Drogen auseinandersetzen. Im englischen Sprachraum werden interpersonale Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeiten und Sucht seit vielen Jahren intensiv beforscht. Die Ergebnisse dieser Studien haben Konsequenzen für Behandlungsplanungen sowie für politisches Handeln im jeweiligen politischen Kontext (z.B. Radcliff & Gilchrist, 2016). Allerdings sind die praktischen Umsetzungen nicht einfach. Auf einige wichtige Studien, die zu dem Themenbereich in den letzten Jahren erschienen sind, gehen wir hier etwas ausführlicher ein.

Smith, P.H., Homish, G.G., Leonard, K.E., Cornelius, J.R. (2012): *Intimate partner violence and specific substance use disorders: Findings from the National Epidemiologic Survey on Alcohol and Related Conditions. Psychology of Addicted Behavior*, 26 (2).

Zwischen Experten und Laien besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass der exzessive Konsum von Alkohol und anderen Drogen zu den Risikofaktoren im Zusammenhang mit Gewalt in den Familien und im sozialen Nahraum gehört. Smith et al. (2012) haben Daten der US-amerikanischen Allgemeinbevölkerung ausgewertet und gezeigt, dass der Konsum (bzw. die Abhängigkeit) von Alkohol und Kokain am stärksten mit interpersonaler Gewalt assoziiert ist und der von Opioiden und Cannabis eher mit Viktimisierung. Im häuslichen Setting sind Frauen von Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit dem Konsum von psychoaktiven Drogen stärker betroffen als Männer, die wiederum in der Öffentlichkeit (insbesondere in Bars und Wirtshäusern sowie auf und nach Feiern und Festen, wie z.B. auf den in vielen Städten etablierten Oktoberfesten) stärker von Gewalt durch Dritte bedroht sind als Frauen.

Leone, R. M., Crane, C. A., Parrott, D. J., & Eckhardt, C. I. (2016): *Problematic Drinking, Impulsivity, and Physical IPV Perpetration: A Dyadic Analysis. Psychology of Addictive Behaviors*. doi.org/10.1037/adb000159.

Wir gehen von einem assoziativen Zusammenhang zwischen dem Konsum von Alkohol oder anderen Drogen und Gewalttätigkeiten aus. Bei häuslicher Gewalt spielen die Konflikte in der Partnerschaft, in der Familie und am Arbeitsplatz eine zentrale Rolle. Diese akzentuieren sich in der Regel, wenn Personen, die in enger Beziehung zueinander stehen, Alkohol oder andere Drogen konsumiert haben. Dazu kommen noch Persönlichkeitsfaktoren beim Aggressor und dem Opfer. Für den Aggressor von besonderer Bedeutung sind das durchschnittliche Aggressionsniveau und die Impulskontrolle. Allgemein gilt, dass das Aggressionsniveau ansteigt, wenn eine Person frustriert ist und sich ärgert. Auf diesem Hintergrund kann eine destruktive Gewaltbereitschaft entstehen, die nur mühsam beherrscht wird. Unter dem Einfluss von Alkohol und anderen Drogen nimmt die Impulskontrolle ab; es kann dann schnell zu Gewalttätigkeiten in Partnerschaften und im sozialen Nahraum kommen.

Leonard, K. E., Quigley, B.M. (2017): *Thirty years of research show alcohol to be a cause of intimate partner violence: Future research needs to identify who to treat and how to treat them. Drug and Alcohol Review*, 36, 7-9.

Die persönlichkeitsbezogenen Faktoren: relativ hohes Aggressionsniveau und verminderte Impulskontrolle, findet man bei Männern häufiger als bei Frauen. Zudem konsumieren Männer in westlichen Gesellschaften häufiger und mehr Alkoholika und andere aufputschende Drogen als Frauen; es ist daher plausibel,

Proescholdt, M.G., Walter, M. & Wiesbeck, G.A. (2012): *Alkohol und Gewalt: Eine aktuelle Übersicht. Fortschritte in Neurologie und Psychiatrie*, 80(8), 441–449.

dass manche von ihnen eher gewalttätig werden als Frauen. Zudem sind Frauen im Vergleich zu Männern im Durchschnitt körperlich schwächer, daher treffen sie die Gewalttätigkeiten im häuslichen Bereich häufiger und schwerer als diese. Besonders hoch liegen die Angaben zum Anteil der Opfer von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt im sozialen Nahraum in weiblichen Populationen, die Angebote der Wohnungslosenhilfe oder der Suchthilfe in Anspruch nehmen. Der Anteil der süchtigen Frauen in Einrichtungen der Suchthilfe, die Opfer von körperlicher und sexueller Gewalt geworden sind, variiert zwischen 40 % und 70 % (Proescholdt et al., 2012).

Devries, K.M., Child, J.C., Bacchus, L.J. et al. (2014): *Intimate partner violence victimization and alcohol consumption in women: a systematic review and meta-analysis. Addiction*, 109, 39-391.

Unabhängig vom Geschlecht sind die gesundheitlichen Folgen von interpersonaler Gewalt für Frauen und Männern ähnlich. Interpersonale Gewalterfahrungen können zu einer Reihe von psychischen Störungen führen, insbesondere zu Depressionen, Posttraumatischen Belastungsstörungen, Ängsten und weiteren psychischen und Verhaltensstörungen. Schwierig abzuschätzen ist die Rate von Selbsttötungen, die in Zusammenhang mit interpersonaler Gewalt stehen. Zu den typischen Bewältigungsstrategien nach interpersonaler Gewalt und Gewalt im sozialen Nahraum gehört der Konsum von psychoaktiven Substanzen (z.B. Devries et al., 2014). Frauen und Männer, die vor gewaltsamen Ereignissen in ihrem Lebensalltag wenig oder keine psychoaktiven Substanzen konsumiert haben, tendieren danach dazu, ihren Konsum zu erhöhen bzw. neue Substanzen wie Schmerz- und Beruhigungsmittel einzusetzen.

Bennett, L.W., Prabhugate, P, Gallagher, J.R. (2016): *Accounting for intimate partner violence in the treatment of substance use disorders: Staff and agency readiness for screening and referral. Alcoholism Treatment Quarterly*, 34, 126-142.

Wer schon vorher häufiger Episoden von riskantem Alkoholkonsum oder von anderen Drogen hatte, reagiert oft mit einer Steigerung des Konsums bzw. mit der Kombination verschiedener Substanzen. Damit erhöht sich das Risiko, dass sie unter dem Einfluss von psychoaktiven Substanzen wiederholt Opfer von interpersonaler Gewalt werden.

Umso wichtiger wäre es, Menschen, die Opfer von interpersonaler Gewalt geworden sind, sowie Menschen, die interpersonale Gewalt ausüben, eine integrierte Behandlung der Sucht sowie den damit assoziierten psychischen und Persönlichkeitsstörungen anzubieten. Das funktioniert jedoch eher schlecht als recht, wie die Studie von Bennett et al. (2016) belegt.

Memorandum Internetbezogene Störungen

Die Deutsche Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie hat in einem Memorandum den gegenwärtigen Forschungsstand zu den sogenannten Internetbezogenen Störungen zusammengefasst. Ein erstes Manual zur Behandlung liegt auch schon vor.

Verweis

http://www.dg-sucht.de/fileadmin/user_upload/pdf/stellungnahmen/Memorandum_Internetbezogene_St%C3%B6rungen_der_DG_Sucht.pdf

www.dia-net.com/download/helf_t_behandlungsmanual.pdf

Die Bezeichnung „Internetbezogene Störungen (IBS)“ umfasst eine Reihe von Verhaltensweisen, die sich auf Nutzungsfunktionen des Internets beziehen und außer Kontrolle geraten sind. Die wichtigsten Merkmale von IBS entsprechen denen von substanzgebundenen Süchten. Zu diesen Merkmalen gehören starkes Eingenommensein (von den Aktivität im Internet und/oder den Wirkungen), Kontrollverlust, Toleranzentwicklung, Entzugserscheinungen, Fortsetzen der Aktivitäten trotz negativer Konsequenzen, Täuschen von Familienmitgliedern, Therapeuten oder anderen Personen in Bezug auf das wirkliche Ausmaß des Online-Spielens oder Nutzung anderer Funktionen des Internets, um negativen Stimmungen entgegen zu wirken. Die Nutzung des Internets zum Beispiel für Computerspiele, für Aktivitäten in sozialen Medien und Zirkeln, zum Kaufen oder um Pornoseiten zu besuchen, kann in unterschiedlichen Schweregraden stattfinden. Wie bei den substanzgebundenen Süchten reichen diese von riskan-

tem Gebrauch über schädlichen bis zu süchtigem Gebrauch.

Pauschal genommen geht man davon aus, dass ca. 1 – 2 % der deutschen Gesamtbevölkerung unter einer Internetabhängigkeit leidet, ein riskanter oder schädlicher Gebrauch wird dreifach höher geschätzt. Jugendliche zeigen deutlich erhöhte Prävalenzen von bis zu 5 %. Jungen tendieren eher zu riskantem bis süchtigem Gebrauch von Computerspielen und Besuchen von Pornoseiten, Mädchen eher zum riskanten bis süchtigen Gebrauch der sozialen Medien und des Internetkaufens.

Darüber hinaus hat man einige weitere Risikofaktoren identifizieren können. Dazu gehören Alleinleben, Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen und Migrationshintergrund. Diese Risiken sind unter anderem assoziiert mit reduziertem Selbstwert, Neurotizismus und Impulskontrollstörungen.

Die Ansätze zur Prävention als auch zur Behandlung von Internetbezogenen Störungen stecken noch in den Kinderschuhen. Immerhin scheinen verhaltenstherapeutische Interventionen Betroffene ganz gut zu erreichen.

Angesichts der eher schwierigen Datenlage betonen die Autoren und Autorinnen des Memorandums als Ziele, die für diesen Bereich anzustreben sind, den Ausbau und die Intensivierung der Forschung sowohl hinsichtlich der Diagnostik als auch der Behandlung in evidenzbasierten Querschnitts- und Längsschnittstudien in unterschiedlichen Settings, insbesondere hinsichtlich ambulanter und stationärer Interventionen.

Bischof, G. et al. (2017): Behandlungsmanual Internetbezogene Störungen. http://www.dia-net.com/download/heft_behandlungsmanual.pdf.

Falkai, P. & Wittchen, H.-U. (Hrsg.) (2015): Diagnostisches und statistisches Manual psychischer Störungen DSM-5. Göttingen, Hogrefe, S. 1088ff.

In enger Anlehnung an die Theorie und Praxis der Motivierenden Gesprächsführung hat eine Arbeitsgruppe (Bischof et al., 2017) bereits ein „Behandlungsmanual Internetbezogene Störungen“ entwickelt. Am Anfang steht die Diagnostik, die sich am DSM-5 und den dort aufgestellten 9 Kriterien der „Internet Gaming Disorder“ orientiert (die wiederum stark angelehnt ist an die Kriterien der substanzbezogenen Störungen). Beim Vorliegen von 3 bis 4 Kriterien geht man von Internetbezogenen Problemen aus, beim Vorliegen von 5 und mehr Kriterien über den Zeitraum von 12 Monaten von einer Internetabhängigkeit. Ziel der Intervention ist entweder eine Reduktion oder eine Abstinenz von problemverursachenden Internetaktivitäten wie Computerspielen oder Nutzung sozialer Netzwerke. Je nach Problemlage bieten sich eine ambulante oder eine stationäre Behandlung an. Unabhängig vom Setting geht es darum, dass die Behandler eine gute und tragfähige Beziehung zur Klientel aufbauen. Das beginnt mit der Exploration des Internetverhaltens.

Die Autoren empfehlen, das Nutzungsverhalten sehr konkret abzufragen, ebenso die körperlichen, psychischen und sozialen Befindlichkeiten und Folgen, die damit verbunden sind. Dazu können auch Tagebuchaufzeichnungen eingesetzt werden. In den nächsten Schritten geht es darum, Ambivalenzen hinsichtlich der Nutzung des Internets zu thematisieren und die Veränderungsmotivation zu verstärken, z.B. über das Anknüpfen an frühere Erfolge, die Sammlung von Ideen, wie Veränderung erreicht werden könnte und die Mobilisierung von Ressourcen. Es folgt die Planung konkreter Schritte zur Änderung des Verhaltens, wobei es darauf ankommt, diese eng an die Fähigkeiten und Ressourcen des Klienten bzw. der Klientin anzupassen. Wie allgemein bekannt ist, helfen Erfolgserfahrungen, Verhaltensänderungen zu verfestigen und verstetigen. Eine Evaluation des Manuals steht zurzeit aus, ist aber in Planung.

Studien zu Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS)

Im November 2016 ist in Deutschland das Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG) in Kraft getreten. Mehrere aktuelle Studien enthalten Daten zu Konsum und Verbreitung neuer psychoaktiver Substanzen (NPS). Das IFT hat darüber hinaus eine Online-Befragung zu den Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten an das neue Gesetz veröffentlicht.

Verweis

Piontek, D., Gomes de Matos, E., Atzendorf, J., Kraus, L. (2017): Substanzkonsum und Hinweise auf klinisch relevanten Konsum in Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen. Ergebnisse des Epidemiologischen Suchtsurvey 2015. München, IFT.

Die Verbreitung psychoaktiver Substanzen, deren Konsum primär auf spezifische Szenen beschränkt ist, lässt sich über repräsentative Bevölkerungsbefragungen nur schwer nachzeichnen. Zum epidemiologischen Suchtsurvey 2015 ist jetzt eine Sonderauswertung erschienen, die Daten zu einzelnen Bundesländern enthält und diese mit den bundesweiten Ergebnissen vergleicht (Piontek et al., 2017). Hierzu wurde die Stichprobengröße des epidemiologischen Suchtsurveys in sechs Bundesländern aufgestockt.

Demnach liegt die bundesweit gemessene Lebenszeitprävalenz für neue psychoaktive Substanzen wie Kräutermischungen, Badesalze, sogenannte Legal Highs oder Research Chemicals in der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen bei 2,8 %. Die Bundesländer Hamburg (3,9 %) und Sachsen (3,4 %) liegen über diesem Wert, Bayern (2,2 %) und Hessen (2,3 %) darunter. Jüngere Befragte haben deutlich häufiger neue psychoaktive Substanzen ausprobiert als ältere. Die 12-Monats-Prävalenz liegt bundesweit über alle Altersgruppen bei 0,9 % und ist bei 18-24-Jährigen in Bayern mit 3,2 % am höchsten. Der Konsum neuer psychoaktiver Substanzen in den letzten 30 Tagen ist nach dem aktuellen epidemiologischen Suchtsurvey kaum noch nachweisbar.

Werse, B., Egger, D., Sarvari, L., Kamphausen, G., Müller, D. (2016): MoSyD-Jahresbericht 2015. Drogentrends in Frankfurt am Main. Frankfurt: Centre for Drug Research.

In der aktuellen Frankfurter Schülerbefragung, die seit 2008 fester Bestandteil der MoSyD-Drogentrendstudie ist, wird eine Lebenszeitprävalenz von 6 % und eine 30-Tages-Prävalenz von 1 % für 15-18-jährige Schülerinnen und Schüler für Räumermischungen mit synthetischen Cannabinoiden angegeben (Werse et al., 2016).

Seit 2015 beobachtet eine Arbeitsgruppe am Institut für Therapieforchung in München (IFT) die Verbreitung psychoaktiver Substanzen im Rahmen des Projektes Phar-Mon NPS. Dazu werden unterschiedliche Zugänge genutzt. So wurden in Zusammenarbeit mit mehreren Partyprojekten, die zielgruppenspezifische Präventionsmaßnahmen in der Partyszene anbieten, eine quantitative Befragung von Partybesucherinnen und -besuchern durchgeführt. Das Durchschnittsalter lag bei 22,8 Jahren. Die Auswertung von 804 Fragebogen im Jahr 2016 ergab eine Lebenszeitprävalenz von 25,2 %, eine 12 Monatsprävalenz von 11,1 % und eine 30-Tages-Prävalenz von 5 %. Die Werte der Männer lagen jeweils deutlich über denen der Frauen. Damit bestätigte sich die Vermutung, dass Partygänger eine besondere Risikogruppe in Bezug auf den Konsum neuer psychoaktiver Substanzen sind. Insgesamt wurden Angaben zu 49 verschiedenen Substanzen erhoben. Am häufigsten wurden die zur Gruppe der Phenethylamine gehörende Substanz 2C-B, Spice, andere Kräutermischungen mit synthetischen Cannabinoiden und 1p-LSD sowie weitere Phenethylamine und verschiedene Cathinone genannt.

Piontek, D. & Hanneemann, T. -V. (2017a): Medikamentenmissbrauch und der Konsum von neuen psychoaktiven Substanzen (NPS) in unterschiedlichen Risikopopulationen. Ergebnisse des Projekts Phar-Mon NPS aus den Jahren 2015 und 2016. München, IFT.

Bei der Befragung von 249 Klientinnen und Klienten in Suchtberatungsstellen berichteten 46 Personen vom Konsum von neuen psychoaktiven Substanzen. Das Durchschnittsalter dieser Gruppe lag mit 28,8 Jahren höher als bei den Partyprojekten. Bei den genannten Substanzen handelt es überwiegend um synthetische Cannabinoide, vereinzelt auch um Cathinone.

Eine weitere Risikogruppe wurde über externe Suchtberatungsstellen in Justiz-

vollzugsanstalten erreicht. 41 von 86 Befragten in Justizvollzugsanstalten hatten neue psychoaktiver Substanzen konsumiert. Wiederum waren Cannabinoide die am häufigsten genannte Substanz.

In den Giftinformationszentralen (GIZ) wurden in den Jahren 2015 und 2016 von 26 Personen insgesamt 49 Meldungen zu NPS dokumentiert. Neben Cannabinoiden ging es dabei auch um Benzodiazepine, um Opioiden und um Cathinone als Einzelsubstanz oder als Kombination verschiedener Substanzen.

Piontek, D. & Hannemann, T.-V. (2017b): Welche Änderungen erwarten Konsumenten durch die Einführung des Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes (NpSG)? Ergebnisse einer Online-Studie. München, IFT.

Bei einer Analyse von zehn ausgewählten Online-Shops, über die NPS bezogen werden können, wurden 384 angebotene Substanzen recherchiert. Die Preise schwankten dabei zwischen 0,60 Euro und 35 Euro je Gramm bzw. Milliliter und lagen im Durchschnitt bei 11,8 Euro je Einheit.

In einer weiteren Studie hat das IFT die Erwartungen von Konsumentinnen und Konsumenten an das im November 2016 in Kraft getretene Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG) erfragt. In diesem Gesetz werden vor allem Produktion, Handel und Einfuhr von zwei Stoffgruppen (synthetische Cannabinoiden und „von 2-Phenethylamin abgeleitete Verbindungen, also mit Amphetamin verwandte Stoffe einschließlich Cathinone“; Piontek & Hannemann, 2017b, S. 4) verboten und mit Freiheitsstrafen bedroht. Über eine Online-Befragung wurden 87 Personen kontaktiert, die in den letzten 12 Monaten neue psychoaktive Substanzen konsumiert hatten. Immerhin 77 % der Befragten kannten das NpSG, wobei der Kenntnisstand zu den Inhalten des Gesetzes sehr unterschiedlich war. Der größte Teil der Befragten geht nicht davon aus, dass sich durch das Gesetz das eigene Konsumverhalten oder der Konsum in Deutschland insgesamt verändern werden. Allerdings erwarten 40 % eine Verlagerung weg von NPS hin zu etablierten Substanzen. Die Hälfte der Befragten befürchteten, dass sich die Bezugsquellen auf illegale Märkte verschieben werden.

Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (2017): Europäischer Drogenbericht. Trends und Entwicklungen 2017. Lissabon, EMCDDA.

Über das Early Warning System der Europäischen Drogenbeobachtungsstelle wurden 2016 67 Meldungen zu erstmals in Europa aufgetauchten neuen psychoaktiven Substanzen veröffentlicht. Das ist weniger als in den Jahren zuvor, aber vergleichbar hoch mit den Meldungen von 2012 und 2013. Insgesamt liegen dem Frühwarnsystem inzwischen Meldungen zu 620 unterschiedlichen Substanzen vor.

Impressum

Herausgeberin:

Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) e.V., Zimmerweg 10, 60325 Frankfurt/M.,
Tel: (0 69) 71 37 67 77, Fax: (0 69) 71 37 67 78, E-Mail: hls@hls-online.org

Redaktion:

Prof. Dr. Irmgard Vogt,
Frankfurt University of Applied Sciences,
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt/M.,
Tel: (0 69) 94413495, E-Mail: vogt@fb4.fra-uas.de

Prof. Dr. Martin Schmid,
Institut für Forschung und Weiterbildung (IFW),
Fachbereich Sozialwissenschaften, Hochschule Koblenz,
Konrad-Zuse-Str. 1, 56075 Koblenz,
Tel: (0261) 9528254, E-Mail: martin.schmid@hs-koblenz.de